# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Haden & Komp., Nr. 20618.

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

**Abonnementspreis** mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

**Inserate** werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 32. | Dresden, Donnerstag den 7. Februar 1918. | 29. Jahrg.


# Vor wichtigen Entscheidungen in Brest.

## Fortbestand des Mehrheitsblocks.

### Die interfraktionellen Beratungen.

Die Ereignisse der vorigen Woche schienen auch den Mehrheitsblock des Reichstages sehr zu gefährden. Die Fortschrittlichen erließen scharfe Erklärungen, während die Zentrumspresse sich mehr abwartend verhielt.

Wie wir bereits meldeten, wurden die interfraktionellen Besprechungen zwischen den Vertretern der Mehrheitsparteien am Dienstag wieder aufgenommen. Außer den Fragen der auswärtigen Politik wurden auch die Vorgänge der vorigen Woche besprochen. Es wurde mehrfach betont, daß durch eine frühere Wiederaufnahme dieser Beratungen manche Mißverständnisse hätten beseitigt werden können. Wie eine parlamentarische Korrespondenz erfährt, sollen nunmehr die Unterschiede in den Auffassungen, die zuerst geeignet erschienen, den Block zu sprengen, durch gegenseitige Erklärungen und Aufklärungen aus der Welt geschafft worden sein, so daß die Arbeitsgemeinschaft der Parteien, auf die sich die Regierung bisher stützte, auch weiterhin bestehen wird.

Die Nationalliberalen haben sich bisher nicht wieder an den interfraktionellen Besprechungen beteiligt. Die Meinungen über die Wiederbeteiligung sollen in den Kreisen der Nationalliberalen auseinandergehen. Die annexionistische Tägliche Rundschau schreibt:

„Nach unserer Kenntnis hat sich die nationalliberale Fraktion bereits seit einiger Zeit infolge des Verhaltens der Sozialdemokratie von den interfraktionellen Verhandlungen ferngehalten. Die Führung der Fraktion dürfte auch weiter entschlossen sein, an diesem Standpunkte festzuhalten, zumal die Sozialdemokratie durch die Stellungnahme zum Streik die Gründe der Nichtteilnahme an den Verhandlungen nur noch verstärkt hat."

Vermutlich würde mindestens ein Teil der Mehrheitsparteien das Fernbleiben der Nationalliberalen sehr leicht verschmerzen.

## Wieder in Brest-Litowsk.

### Friedensschluß mit der Ukraine.

Am Mittwoch sind die deutschen und österreichischen Unterhändler nach den Berliner Besprechungen wieder nach Brest zurückgelangt. Es bestätigt sich die Meldung, daß die Mittelmächte die Absicht haben, nunmehr ohne weitere Rücksicht auf die Politik Trotzkis den Frieden mit der Ukraine zum Abschluß zu bringen. Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt redaktionell:

Mit Spannung, aber ruhiger Erwartung sieht das deutsche Volk auf den Wiederbeginn der Verhandlungen. Unsere Diplomaten haben bis jetzt Herrn Trotzki äußerste Geduld und weitestes Entgegenkommen bewiesen, um den Russen Gelegenheit zu geben, durch einen Frieden der Versöhnung und der Verständigung im Wege des Kompromisses zu einer für beide Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Die bisherigen Verhandlungen und der begleitende Chorus der russischen Funksprüche zeigen nicht, daß die Russen dieses Entgegenkommen und diese Geduld zu würdigen verstanden hätten. Ein Gipfelpunkt der Entstellung ist es, wenn Trotzki jetzt nach Petersburg telegraphiert hat, daß die Deutschen die Verhandlungen verschleppten.

Mit der Ukraine schreiten die Verhandlungen in gutem Tempo weiter fort. Gelingt es, einen Abschluß mit der Ukraine zustande zu bringen, so kann die Entwicklung der Friedensverhandlungen mit Herrn Trotzki uns gleichgültig sein. Verscherzt sich Herr Trotzki durch mangelnden Friedenswillen seinerseits die letzte Möglichkeit, die ihm für einen Frieden und damit für eine Erlösung des unter dem Kriege zusammenbrechenden Rußlands gegeben ist, so werden nicht die Mittelmächte, sondern Trotzkis eigene Partei und das aus tausend Wunden blutende russische Volk die Rechnung zu bezahlen haben.

Wenn es möglich ist, zunächst mit den Ukrainern zum Frieden zu gelangen, so ist dies sicherlich zu begrüßen. Wir haben aber schon früher auf die sehr großen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich dabei ergeben können. Der Bestand der Ukraine als eines selbständigen Staates, der nach seinem Willen über den Friedensschluß befinden kann, ist durch die Ansprüche der Petersburger Regierung und durch die von Petersburg unternommenen militärischen Maßnahmen bestritten und noch immer sehr in Frage gestellt. Es entsteht daher das schwierige Problem, ob die Mittelmächte gewillt und in der Lage sind, irgendwelche Garantien für den Bestand der selbständigen Ukraine zu übernehmen. Auch die wirtschaftlichen Vorteile, die man sich von dem Frieden mit der Ukraine verspricht, sind natürlich völlig davon abhängig, ob der Bestand der Ukraine gesichert werden kann.

Die deutsche Regierung scheint damit zu rechnen, daß es mit dem Abschluß des Friedens mit der Ukraine zugleich zum Abbruch der Verhandlungen mit Trotzki kommen wird. Es mag aber sein, daß die Petersburger Regierung sich zu einem größeren Entgegenkommen an die Vorschläge der Mittelmächte bereit findet, wenn sie erkennen muß, daß es ihr unmöglich ist, ihre Herrschaft über die Ukraine durchzusetzen. Im letzteren Grunde hängt also alles davon ab, ob die demokratisch-soziale Rada oder die Bolschewiki in der Ukraine die Macht in der Hand behalten. Trotzki wird, wie die Prawda meldet, vorübergehend wieder in Petersburg erwartet, um an wichtigen Beratungen der Semstwo-Verbände teilzunehmen.

In den Berliner Besprechungen hat es sich in zweiter Linie um Rumänien gehandelt. Es kommt die Verlängerung des am 13. Dezember mit der rumänischen Armee unter General Tscherbatschew abgeschlossenen Waffenstillstands in Betracht. Fast scheint es, als ob die rumänische Politik unter dem Zwange der schweren Ereignisse eine ganz neue Wendung einzuschlagen versucht. Rumänische Truppen haben den Pruth überschritten und sind in Beßarabien eingefallen, wo sie mehrere bedeutende Erfolge gegen bolschewistische Truppenabteilungen davongetragen haben. Die Bewohner Beßarabiens sind zur Hälfte rumänischer Abstammung und die Wiedergewinnung dieses Landes, das im Frieden von San Stefano im Jahre 1878 den Rumänien durch Rußland treulos vorenthalten wurde, ist ein alter Wunsch weiter rumänischer Kreise. Nachdem nun die Politik Bratianus elend zusammengebrochen und die Hoffnung auf Eroberungen auf Kosten Oesterreich-Ungarns erledigt ist, könnte Rumänien sich aus dem russischen Zusammenbruch schadlos zu halten die Absicht haben. Sind solche Absichten durchführbar, so würde sich daraus ein sehr wichtiges Moment der Neugestaltung in Südost-Europa ergeben.

• • •

### Deutsch-österreichisches Einvernehmen.

wtb. **Berlin**, 6. Februar. Anläßlich des Aufenthalts des k. u. k. Ministers des Aeußern, Grafen Czernin, in Berlin kamen in wiederholten Gesprächen mit den leitenden deutschen Stellen alle laufenden politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten — insbesondere die Ernährungsfrage — zur Diskussion, wobei in jeder Hinsicht vollstes Einvernehmen festgestellt werden konnte.

•

### Unterbrechung des Drahtes Petersburg—Brest.

† **Petersburg**, 6 Februar. (Petersb. Telegr.-Agentur.) Seit vier Tagen sind die direkten telegraphischen Verbindungen mit Brest-Litowsk unterbrochen und bisher ist keine amtliche Meldung über die Friedensverhandlungen veröffentlicht worden.

## Das Sinken der öffentlichen Moral.

Eine Reihe neuer innerpolitischer Gesetzesvorlagen wird in den Blättern angekündigt, doch kann man sich bisher von ihrem Inhalt keine genaue Vorstellung machen. Dem Reichstage sollen bei seinem Wiederzusammentritt am 19. Februar Gesetzentwürfe zugehen über neue Steuern, welche die Verzinsung der Kriegsschulden sicherstellen; über schärfere Bestrafung des Schleichhandels, dessen gewerbsmäßiges Betreiben stets mit Gefängnis und im Rückfall mit Zuchthaus bestraft werden soll; über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und anderer Volksseuchen; über die Vermehrung der Zahl der Reichstagsmandate durch Verbesserung der Vertretung für die dichtbevölkerten Bezirke; das Arbeitskammergesetz und noch mancher andere Entwurf. Der Reichstag wird also genug zu tun haben, und hoffentlich laufen die bürgerlichen Parteien diesmal nicht allzurasch wieder auseinander, sondern erledigen ordnungsgemäß und vollständig, was der deutschen Volksvertretung obliegt.

Inzwischen hat im Hauptausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses schon eine Aussprache über Kriegswucher und Schleichhandel stattgefunden, und der Justizminister Dr. Spahn hat mitgeteilt, daß allein in Preußen wegen Uebertretung von Kriegsverordnungen nahezu eine halbe Million Verurteilungen erfolgt sind; über eine viertel Million Menschen ist allein wegen Schleichhandels oder Kriegswuchers ins Gefängnis gewandert. Die Kriminalität der Jugendlichen ist außerordentlich gestiegen. Abgeordnete aller Parteien klagten über die allgemeine Demoralisation, über die bedenkenlose Uebertretung aller Gesetze, über die gewohnheitsmäßige Mißachtung aller Vorschriften und alle möglichen anderen sittlichen Notstände.

In der Tat ist es ganz zweifellos, daß die Demoralisation in Ernährungsfragen allgemein und nahezu ausnahmslos geworden ist, nur die größere oder geringere Gelegenheit schafft noch Unterschiede, und es ist ein Wunder, daß nicht noch schlimmere Folgen dieses allgemeinen passiven Widerstandes gegen die Lebensmittelrationierung hervorgetreten sind. Wie es dazu gekommen ist, ist ja klar. Der Landwirt war von jeher gewohnt, nur zu verkaufen, was er im eigenen Betrieb nicht brauchen konnte und im Ueberfluß hatte. Jetzt sollte er auf einmal alles hergeben und sich selbst auf mäßig gemessene Rationen beschränken. Dagegen hat er sich von vornherein gesträubt, und sein Ablieferungseifer ist mit der wachsenden Dauer des Krieges nicht größer geworden. Auf der anderen Seite hat der Verbraucher sich anfänglich mit den vorgeschriebenen Einschränkungen einigermaßen ehrlich abzufinden versucht. Als die Rationen aber immer geringer wurden, als besonders im vorigen Winter jeder verhungern mußte, der sich nicht irgendwie noch Zusatznahrung verschaffte, da brachen alle guten Vorsätze, und nun sieht jeder zu nehmen, was er nur irgend bekommen kann. Schärfste Erfassung der Vorräte am Erzeugungsort und schärfste Unterdrückung des Schleichhandels sind unbedingt notwendig geworden, um das Rationierungssystem wenigstens insoweit zu retten, daß es Deutschland wie bisher vor dem Zusammenbruch schützt. Aber den allgemein moralischen Schaden, den die rationierte Entbehrung und ihre allgemeine Durchbrechung im Volkscharakter angerichtet haben, werden wir noch lange nachschleppen.

Die Demoralisation hat übrigens nicht auf dem Gebiete Ernährung begonnen. Die ersten, die aus der Begeisterungswoge für des Landes Verteidigung auftauchten, welche im August 1914 über Deutschland hinweggeschäumt war, waren die Kriegslieferanten aller Art. Sie schoben und kettenhandelten schon in den ersten Kriegswochen ganz ungeheuerlich und arbeiteten kaltschnäuzig nur auf ihren Profit hin. Im Handumdrehen wurden Habenichtse zu Millionären und trugen durch ihr schlechtes Beispiel den ersten Keim der Zersetzung in den „Burgfrieden" und die „nationale Einigkeit". Bald begann die ganze Kriegsindustrie und ein großer Teil der Landwirtschaft Riesengewinne zu machen und steigerte sie skrupellos auf geraden und krummen Wegen von Jahr zu Jahr. Dazu kam dann die Demoralisation im Ernährungswesen, hervorgerufen durch Anbaustreik, Zurückhaltung der Ernten, Schleichhandel, Hamsterei und ungenügende Rationen. Die herrschenden und besitzenden Klassen sind es gewesen, die in der Kriegszeit den breiten Volksmassen das Schauspiel schamlosen Eigennutzes geboten haben. Gewiß bleiben die Leistungen von Landwirtschaft und Industrie gewaltig und ewig bewundernswert, aber die Triebfeder jedes einzelnen war sehr rasch nicht mehr die nationale Begeisterung, sondern krasse Profitgier.

Diese Demoralisation griff schließlich auch auf die Politik über. Der Traum von einem einigen Volke, das „in einer veränderten Welt", um mit dem jüngsten Kaisertelegramm an das preußische Herrenhaus zu reden, ein neues Deutschland des Rechts und der Menschlichkeit aufbauen würde, zerrann, der Klassenkampf erwachte wieder, und jede Gesellschaftsschicht war auf die Sicherung vor allem der eigenen Macht bedacht. Auch hier tragen die Leute die Hauptschuld, welche zuerst in den Geheimdenkschriften die wüsten Annexionsforderungen aufstellten, und die Parole ausgaben: „Wir haben den Krieg verloren, wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht kommt."

Wie im Ernährungswesen hat auch im Gebiet der inneren Politik die Regierung die Pflicht, das Sonderinteresse im Kampf gegen das Allgemeininteresse wenigstens so weit zurückzudrängen, daß nicht Deutschland darüber zugrunde geht. Wie aber im Ernährungswesen Strafen nur das schwächste Hilfsmittel sind und alles auf eine bessere Erfassung der Vorräte ankommt, so sind in der Politik bloße Unterdrückungsmaßnahmen oder gar Rachefeldzüge gegen unterlegene Gegner verfehlte Methoden. Nur eine freudige und aufrichtige Reformarbeit, welche das innere Leben von alten verschleppten Streitfragen endlich befreit, kann uns hier vor Katastrophengefahren schützen.

Danach werden Regierung und Reichstag sich richten müssen, wenn sie in der übernächsten Woche wieder an ihr Gesetzgebungswerk schreiten.

## Schlechte Behandlung deutscher Gefangener

**Berlin**, 6. Februar. Aus Mitteilungen der im November 1917 zur Internierung in der Schweiz von England nach Frankreich verbrachten deutschen Kriegsgefangenen wird ersichtlich, in welcher schamlosen Weise sich die Engländer auch noch bei diesem Liebeswerk gegen das Völkerrecht vergehen. Der Transport der schwerkranken Gefangenen, die sich teilweise nur an Krücken fortbewegen konnten, erfolgte auf einem Viehdampfer, aber nicht etwa in den Ställen, wofür mancher dieser Unglücklichen wohl noch dankbar gewesen wäre, sondern in **einem von Schmutz starrenden Raume** noch unter den Ställen im letzten Stockwerk des Schiffes. **Dort mußten die Krüppel in verpesteter Luft die Nacht wie Vieh zusammengepfercht**, auf Bänken zubringen, die nicht einmal Lehnen hatten. Am Morgen erhielten sie Kaffee und mußten dann den ganzen Tag über hungern. Teller, Messer und Gabeln zu verabreichen, daran dachten die auf alle äußere Kultur so sehr bedachten Engländer nicht. Den Tee mußten sich die beklagenswerten Gefangenen mit leeren Konservenbüchsen aus Pferdekrippen schöpfen. Den Pferden, tief unter der Wasserlinie, durften auch die nicht verlassen, die von der Seekrankheit befallen waren. Die Reise dauerte über 32 Stunden. Ueber 32 Stunden setzten die Engländer die armen invaliden Gefangenen dem Transport unter so unwürdigen Verhältnissen aus. Daß bei einem Schiffbruch unter solchen Umständen nicht einer der Aermsten mit dem Leben davongekommen wäre, das macht dem unmenschlichen Feinde keinerlei Sorge. Weil derartige Maßnahmen eine Roheit und Niedertracht bekunden, die wir unsern Kriegern gegenüber nicht dulden, hat die deutsche Regierung bei der englischen Regierung sofort energisch Einspruch erhoben.


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180207/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG